

KI\* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister  
Jürgen Herzing  
↓  
(per mail)

STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
3 1. OKT. 2022				

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
im Namen der Kommunalen Initiative (KI) stellen wir folgenden Antrag:

### **Aschaffenburg verurteilt Angriffskrieg der Türkei im Nordirak und in Nordsyrien**

#### **Resolution - Beschlussentwurf**

Der Stadtrat Aschaffenburg nimmt die neuerliche Meldung über kurdische Todesopfer vom 18.10.2022 und die andauernden Angriffe des türkischen Staates auf Gebiete im Norden Syriens und des Iraks sowie den internationalen Kobanê-Gedenktag am 1. November zum Anlass für den folgenden Beschluss:

1. Der Stadtrat Aschaffenburg verurteilt jegliche völkerrechtswidrige Kriegshandlung.
2. Dem folgend verurteilt der Stadtrat Aschaffenburg - insbesondere im Hinblick auf die in Aschaffenburg lebenden kurdischen - aber auch regierungskritischen türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger - die Angriffe, die die Türkei seit dem 18.04.2022 auf von Kurdinnen und Kurden bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) führt, solidarisiert sich mit den Opfern und fordert die türkische Regierung dazu auf, jegliche Angriffe auf diese Gebiete einzustellen.
3. Der Stadtrat Aschaffenburg bezieht sich u. a. auf die Schlussfolgerungen der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 17.05.2022 "Völkerrechtliche Implikationen der türkischen Militäroffensive ‚Claw-Lock‘ gegen kurdische PKK-Stellungen im Nordirak"

#### **Begründung**

Seit dem 18.04.2022 führt die türkische Armee wieder Angriffe auf von Kurdinnen und Kurden bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) durch. Erst am 18.10.2022 wurden von den kurdischen Volksverteidigungskräften (HPG) 17 Identitäten preisgegeben, die vermutlich Opfer eines türkischen Giftgasangriffes sind. Aber auch die Organisation Internationale Ärzt\*innen zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzt\*innen in sozialer

**31.10.2022**

Verantwortung (IPPNW) beschuldigt die Türkei des Gebrauchs verbotener chemischer Waffen in ihrem Kampf gegen kurdische Einheiten (IPPNW, Bericht v. 12.10.2022). Von den Angriffen seien nicht nur Guerillakämpfer\*innen betroffen, sondern auch Zivilist\*innen. Stellen die Angriffe auf irakisches und syrisches Territorium ohnehin schon einen Bruch des Völkerrechts dar, so verletzt der Einsatz von Chemiewaffen sowohl das Völkerrecht als auch das Kriegsrecht und die Chemiewaffenkonvention von 1997. Bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) muss endlich eine Untersuchung solcher Vorwürfe beantragt werden.

Auch in Aschaffenburg leben Menschen kurdischer Herkunft. Etliche mussten seit 2018 aus ihrer Heimat in Rojava fliehen, als die türkische Armee und islamistische Milizen mehrmals die kurdischen Kantone Afrin und Kobane überfielen und teilweise besetzten. Unsere neuen oder mehrjährigen kurdischen Mitbürger\*innen und andere Menschen aus den mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Gebieten verdienen Solidarität und Unterstützung. Sie fürchten wieder um ihre Familien in der bekriegten Heimat, viele müssen bereits um getötete Verwandte trauern.

Auch eine Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages kommt zu der Einschätzung, dass das „Rechtfertigungsnarrativ der Türkei sich völkerrechtlich als kaum tragfähig“ erweist.

([www.bundestag.de/resource/blob/896494/ffc70eb3fc4286a190efaebf52509eb9/WD-2-031-22-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/896494/ffc70eb3fc4286a190efaebf52509eb9/WD-2-031-22-pdf-data.pdf))

Dieser Antrag entspricht auch einem Antrag der Fraktionen von SPD, FDP, der Linken und Bündnis90/Die Grünen des Rates der Stadt Krefeld.

Mit der Bitte um Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Büttner

Jürgen Zahn

Stadtratsfraktion der Kommunalen Initiative (KI)